

9 Thesen zum Gespräch am 23.10.20 mit den Landtagsfraktionen in Stuttgart

Pierre Bourdieu: „Prekarität ist überall!“

Grenoble, 1997

1. Die **Covid 19 Pandemie hat Gewinner** – global – nämlich die Konzerne der globalen Digitalisierung, die Produzenten der Technologie der vielen Computer und smartphones, dem Ausbau der Technologie von Breitbandkabeln und W-lan-systemen. Desweiteren gehören zu den Gewinnern die Konzerne der Pharmaindustrie.
2. Die **Covid 19 Pandemie hat viele Verlierer**:
Die Erkrankten, die verstorbenen Personen, die Menschen ohne gesundheitlichen Schutz, d. h. jene die keine Krankenversicherung haben, jene die bei uns in Deutschland sans papiers leben, jene die in vielen Ländern dieser Welt keine funktionierenden Gesundheitssysteme haben, jene die in absoluter Armut leben, die auf der Flucht sind, die sich keinerlei elementare Versorgung rein materiell leisten können. (Das Fehlen von Obdach, Kleidung, Nahrung.)
Weitere Verlierer sind jene, die weder Zugang noch Besitz von Kommunikationssystemen haben, die die Kosten von Digitalisierung und die laufende Teilhabe an der medialen Kommunikation nicht bezahlen können, die über keinen gesicherten Zugang zu Energie verfügen. Keine Steckdose ganz banal gesagt.
3. Die **sozialen Gefahren der Pandemie und ihre Betroffenen** kennen wir zwischenzeitlich:
Geschäfte schliessen, Menschen werden entlassen, Menschen befinden sich in befristeter Kurzarbeit. Die sozialen Proteste gegen Covid 19 - Massnahmen nehmen zu, die Gesellschaft spaltet sich in einen zunehmenden Teil von in Armut und Prekarität befindlichen Teil und in einen immer reicher werden Teil von Millionären wie Milliardären. Was auch auffällt, ist eine neue Kultur des Abstandes von 1, 5 Metern bis hin zum isolierten Sterben in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen.
4. Was wir auch **befürchten, ist eine zunehmende Kritik und Wut** aus den gesellschaftlichen Bereichen von Familien, Vereinigungen, Vereinen,

Organisationen der Zivilgesellschaft, den Parteien, der Universitäten und Bildungseinrichtungen bzgl. der voranschreitenden Aushöhlung von Grundrechten: der Versammlungsfreiheit, des Rechts auf Soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit bis hin zu Grundbedürfnissen eines gesicherten bezahlbaren Wohnens.

5. **„Der Sozialstaat ist die zentrale Instanz, die die Gesellschaft aber auch unsere Wirtschaft zusammenhält.“** So heisst es in einer Erklärung der SPD- Bundestagsfraktion vor wenigen Wochen. Da gibt es Überlegungen durch Bürgergeld, bedingungsloses Grundeinkommen, erhöhte Mindestlöhne die Zonen bisher verordneter staatlicher Armutspolitik zu verlassen. Ein gutes Beispiel wäre die Durchsetzung einer Kindergrundsicherung, die dem Verbleib von 2 Millionen Kindern in Deutschland im Hartz IV System ein Ende machen würde.

6. **Menschen in Erwerbslosigkeit, in Altersarmut, Menschen in lebenslanger Armut sind sozial massiv gefährdet.** Sie sterben früher, erkranken häufiger, sind gesellschaftlich bis zu 3 mal weniger aktiv als andere. Bei näherer Betrachtung der Coronaerkrankten fallen Menschen zunehmend auf, die arm sind, die miserabel wohnen, die keine Krankenversicherung haben, die zur Gruppe der Migranten sowie farbigen Bevölkerung (zumindest in den USA) gehören.

7. **Was tun in Baden-Württemberg?**
 - Den Sozialstaat in Baden-Württemberg sichern, ihn erhalten und ausbauen (aktuell wie präventiv). Ein Ende der neoliberalen Ideologie.
 - Die Lebensqualität in den Zentren wie in den Regionen sozial sichern,
 - Staat, Gesellschaft und Institutionen wie wir Bürger selbst müssen eine erhöhte Sensibilität für die von Vulnerabilität bedrohten Bevölkerungsgruppen entwickeln, z. b. für Menschen in Isolation, für Menschen in Obdachlosigkeit, für Menschen in Wohnungsnot, für Menschen auf der Flucht, für Menschen in psychischer wie körperlicher Not.
 - Es braucht Schutzräume für Menschen in Not, die seitens der Kommunen zur Verfügung stehen müssen, die qualifiziert betreut sind, die den medialen Zugang zu Hilfs- und Informationsquellen ermöglichen.

- Es braucht nochmals eine gewaltige Anstrengung, dass niemand in den kalten Jahreszeiten draussen auf der Strasse schlafen muss.
- Es braucht eine klare Entscheidung in BaWü, dass Familien mit Kindern in guten Wohnungen untergebracht werden, wenn deren Wohnungsverlust oder der Zustand der Obdachlosigkeit nicht zu vermeiden ist. Vielleicht ist hier eine Landesvorgabe an die Kommunen per Verordnung notwendig.

8. Neuer Gesellschaftsvertrag: Wir haben den 2-tägigen Kongress „Kinder- und Familienarmut“ hinter uns. Wir befinden uns in der 17.

Aktionswoche 2020: „Armut bedroht alle“. In gewissem Sinne entsteht aus den Erfahrungen dieser Tage ein Bedürfnis über einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ nachzudenken. Ein Prozess, der Grund und Menschenrechte in unserem Bundesland stärkt, der die gesellschaftliche Spaltung in Reich und Arm reduziert, der ökologische Ziele befördert. Der für eine gerechte Welt eintritt, sodass die „Pandemie nicht zu einer globalen Katastrophe“ ausartet, wie das Papst Franziskus dieser Tage genannt hat.

9. Wir denken, der Landtag müsste nach 10 Jahren Armutsbekämpfung in BaWü einen weiteren Impuls in der kommenden Legislaturperiode setzen:

- **Die Armutsbekämpfung in BaWü geht weiter!** Konsequenz und nachhaltig, getragen von Land und Kommunen sowie der Gesellschaft.
- **Dieser Prozess braucht eine Steuerung:** mittels eines gesicherten Dialogs aus Politik, Landesregierung, Landtag, den Kommunen sowie allen Partnern aus den sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, kirchlichen, gewerkschaftlichen, wissenschaftlichen wie zivilgesellschaftlichen Feldern
- Diese **Etablierung einer Steuerung braucht zumindest Vorgaben** des Landtages, Leitimpulse und zu definierende Ziele.
- Es müssen **Aspekte einer individuellen wie kollektiven Kapitalienbildung im Bereich der Ökologie, der Ökonomie, einem nachhaltigen Konsum, Bildung, Kultur und sozialem Zusammenleben, einer Verpflichtung gegenüber Grund- und Menschenrechten aufgenommen werden.**

Darüber lasst uns reden.

Doris Kölz

Lak-bw e.V.

23.10.2020